



HESSISCHER LANDTAG

07. 07. 2021

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Eurobike kein Ersatz für IAA

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass seit dem Verlust der IAA die Messe Frankfurt keine auch nur annähernd gleich große und bedeutende Messe akquirieren konnte.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Eurobike nicht einmal ansatzweise die Besucherzahlen nach Frankfurt und in die Rhein-Main Region bringen kann wie die IAA.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die Messe Frankfurt einzuwirken, die wirtschaftlichen und finanziellen Konditionen des Joint Ventures zur Durchführung der Eurobike mit der Messe Friedrichshafen offenzulegen, damit die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahme angesichts der ohnehin durch die Corona-Pandemie verursachten negativen Bilanz von -122 Millionen Euro der Messe Frankfurt in 2020 transparent wird.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die Messe Frankfurt einzuwirken, kooperativ und konstruktiv mit dem Verband der Automobilindustrie Szenarien zu entwickeln, unter welchen Voraussetzungen und zu welchem Zeitpunkt die IAA wieder in ihre Stammstadt Frankfurt zurückkehren kann.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die Messe Frankfurt einzuwirken, dass diese mit internationalen Experten und Beratern Konzepte für große Leitmessen in Frankfurt entwickelt. Die wichtigsten Industriebranchen Hessens, also Chemie, Pharmazie, Maschinenbau und Automobilindustrie sollen über ihre Wirtschaftsverbände an diesen Expertenrunden beteiligt werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, flankierend zu der angedachten Expertenrunde durch geeignete Marketingmaßnahmen das entstandene Zerrbild hinsichtlich der IAA, der Rolle des Automobils für unser Land und der Möglichkeiten zukünftiger Verkehrsstrategien mit allen alternativen Antrieben, also nicht nur mit batterieelektrischen Antrieben, sondern auch mit Wasserstoff und mit synthetischen Kraftstoffen, zu korrigieren und damit eine breit angelegte, wirtschaftlich vorteilhafte und somit wirklich nachhaltige Verkehrswende technologieoffen zu begleiten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 7. Juli 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe